

Japan und die USA: Sicherheitsallianz auf dem Weg zur strategischen Partnerschaft mit globaler Reichweite?¹⁾

Seit der Unterzeichnung des japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrages im September 1951 stand die Sicherheitsallianz wiederholt vor großen Herausforderungen. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion schien zunächst der Vertragszweck erfüllt. Sowohl die USA als auch Japan verfielen in eine Art *post-cold-war*-Euphorie. Diese Euphorie wurde aber bald abgelöst durch neue Bedrohungsperzeptionen, unspezifisch, asymmetrisch und schwerer abzuschrecken als die sowjetische Bedrohung. Für die USA ist die Allianz mit Japan nicht nur von zentraler Bedeutung für die amerikanische Nordostasienpolitik, sondern entwickelt sich zum Kernstück der amerikanischen Asienpolitik. Aus japanischer Sicht ist der Sicherheitsvertrag mit den USA nicht nur eine Rückversicherung gegenüber den neuen Bedrohungen in Nordostasien, sondern auch das Vehikel für eine eigene politische Rolle in Asien.

Am 9. November 2001 verließen drei Schiffe²⁾ der japanischen See-Selbstverteidigungsstreitkräfte ihren Heimathafen Sasebo in Richtung Indischer Ozean. Zwei Wochen später stachen zwei weitere Schiffe mit dem selben Ziel in See. Die fünf Schiffe waren Teil der Operation Enduring Freedom, der Bemühungen der von den USA nach den Anschlägen des 11. September zusammengeschmiedeten und angeführten Koalition zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus.

Das Auslaufen der Schiffe war der erste Kriegseinsatz japanischer Schiffe seit dem Ende des pazifischen Krieges 1945.

■ Die amerikanisch-japanische Sicherheitsallianz vor großen Herausforderungen

Dean Acheson und Yoshida Shigeru unterzeichneten den japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrag im September 1951 anlässlich der Unterzeichnung des Friedensvertrages von San Francisco.

In den seitdem vergangenen über 50 Jahren hat sich die Geo-Politik der internationalen Beziehungen erheblich gewandelt, wobei der Untergang der Sowjetunion ohne Frage den größten Einfluss auf den Sicherheitsvertrag hatte, da dieser ursprünglich von einem gemeinsamen Gegner ausging, der damit wegfiel. Mit dem Verlust eines spezifischen Gegners schien der Zweck des Abkommens erfüllt und damit

die Beendigung des Vertragsverhältnisses die logische Folge.

Doch trotz all dieser Veränderungen hat der japanisch-amerikanische Sicherheitsvertrag bis heute Bestand. Zu Beginn des Jahres 2003 wird der Vertrag als Hauptpfeiler (*kijiku*) der bilateralen Beziehungen mit den USA und für die japanische Sicherheitspolitik angesehen. In der vergangenen Dekade haben Japan und die USA ihre sicherheitspolitischen Beziehungen ausgebaut.

Die japanisch-amerikanische Sicherheitsallianz ist einmalig aufgrund ihrer asymmetrischen Struktur. Im Sicherheitsvertrag haben sich die USA zur Verteidigung Japans verpflichtet, während Japan im Gegenzug militärische Stützpunkte für die US-Streitkräfte zur Verfügung stellt, die in der nordostasiatischen Region operieren. Im Allgemeinen stützen sich Sicherheitsallianzen auf das Prinzip gemeinsamer Verteidigung, das japanisch-amerikanische Sicherheitsabkommen sieht aber keine Verpflichtung für Japan vor, die USA zu verteidigen. Als das Sicherheitsabkommen geschlossen wurde, verfügte Japan formell nicht einmal über Streitkräfte. In dieser Zeit waren die Stützpunkte für die USA weitaus wertvoller und wichtiger für die amerikanische Machtprojektion im Nordostpazifik als ein Verteidigungsbeitrag Japans. Japan war es dank des Vertrages möglich, sich ganz auf den Wiederaufbau und die wirtschaftliche Entwicklung zu konzentrieren. Der Vertrag entsprach damit den nationalen Interessen sowohl der USA als auch Japans.

Unmittelbar nach dem Ende des Kalten Krieges begann in Japan eine Debatte über die Zukunft des Vertrages. Insbesondere die Revisionisten³⁾ in den USA sprachen sich gegen den Fortbestand der Allianz aus, da Japan in ihren Augen ein sicherheitspolitischer Trittbrettfahrer (*security free-rider*) sei, der die wirtschaftlichen Früchte des US-Schutzes ernte, ohne die USA sicherheitspolitisch angemessen zu unterstützen. Der Niedergang der Sowjetunion und die Ende der achtziger Jahre in den USA vorherrschende Meinung, dass Japan zu einer wirtschaftlichen Bedrohung geworden war, führte in den USA zu einer Debatte über das Für und Wider der Allianz mit Japan. Auch in Japan regte sich Widerstand aufgrund der ständigen Handelskonflikte mit den USA und

- 1) Bei diesem Artikel handelt es sich um die deutsche Fassung eines Vortrags am Woodrow Wilson International Center for Scholars in Washington, D.C.
- 2) Es handelte sich um den Öltanker Hamana und die Begleitschiffe Kuram und Kirisame.
- 3) Prominent insbesondere Clyde Prestowitz, Chalmers Johnson, Karel van Wolferen und James Fallows.

dem permanenten *Japan-bashing* durch die Amerikaner, was zu einer wachsenden Abneigung gegenüber den USA (*Kenbai*) führte.

■ **Suche nach einer neuen Sicherheitspolitik**

Premierminister Hosokawa setzte 1994 eine sicherheitspolitische Beratergruppe, die sogenannte Higu-chi-Kommission, ein. Diese empfahl ein Abgehen von der bisherigen passiven Rolle Japans und die Übernahme einer aktiveren Rolle bei der Errichtung einer neuen Weltordnung nach dem Ende des Kalten Krieges. Der Bericht wurde dahingehend interpretiert, einen sicherheitspolitischen Multilateralismus, d.h. einen VN-zentrierten Ansatz zu favorisieren und dabei bewusst einen Bedeutungsverlust des japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrages in Kauf zu nehmen. Der Ausdruck *Alliance adrift* (eine auseinanderdriftende Allianz) wurde zum Inbegriff dieser Situation.

In 2002 wurde der 30. Jahrestag der Rückgabe Okinawas an Japan begangen. Nichtsdestotrotz gibt es heute immer noch ein „Okinawa-Problem“, das auf die Endphase des 2. Weltkrieges zurückgeht, als US-Truppen die Insel besetzten. Das Okinawa-Problem ist eng verknüpft mit dem Sicherheitsvertrag, da Okinawa 70 Prozent der amerikanischen Militäreinrichtungen in Japan beherbergt, während die Insel nur 0,6 Prozent der japanischen Fläche ausmacht. Im September 1995 wurde ein zwölfjähriges Schulmädchen auf Okinawa von einem Angehörigen der US-Marines vergewaltigt, was einen Sturm der Entrüstung auf Okinawa und in ganz Japan entfachte. Okinawa hat diesen Vorfall genutzt, um den Abzug der Marines von der Insel zu fordern. Es wurden Überlegungen angestellt, die Marines nach Hawaii oder Guam zu verlegen. Der Vorfall führte zwar nicht zur Aufgabe des Sicherheitsvertrages, aber zu Forderungen, die Stützpunkte auf Okinawa zu verringern, und zu einer engeren Konsultation zwischen beiden Regierungen über die Stützpunkte. Weitere Übergriffe amerikanischer Soldaten führten zu einem anhaltenden Dialog über das Stationierungsabkommen und über die weitere Reduktion der US-Truppen auf Okinawa. Der Bestand des Sicherheitsvertrags selbst kam aber nicht in Gefahr.

Entgegen diesem von vielen so empfundenen Auseinanderdriften setzte sich in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre mehr und mehr die Überzeugung durch, dass es für Japan keine wirkliche Alternative zum Sicherheitsvertrag mit den USA gab. Im Jahre 1995, unmittelbar nach dem Vergewaltigungsfall in Okinawa, betrachteten nur fünf Prozent (!) der japanischen Bevölkerung den japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrag, insbesondere die US-Truppen in Japan als wichtig für die Verteidigung Japans. Nach den Terroranschlägen auf das World Trade Center in New York und das Pentagon bei Washington beantworteten 58 Prozent der Japaner diese Frage mit „Ja“.

■ Neue Bedrohungsperzeption in Nordostasien

Im Rückblick erscheint es fast verwunderlich, dass zum Zeitpunkt des Zusammenbruchs der Sowjetunion und vor dem Hintergrund der ökonomischen Konflikte und der sozialen Probleme, die von den US-Truppen auf Okinawa verursacht wurden, der Sicherheitsvertrag nicht in beiderseitigem Einvernehmen beendet wurde. Es gibt eine ganze Reihe von Faktoren, die schließlich zum Festhalten an der Allianz und zur Renaissance des Sicherheitsvertrages führten. Ein Grund war die Wahrnehmung wachsender Bedrohungen aus der Region selbst. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion verfielen sowohl die USA als auch Japan zunächst in eine Art *post-cold-war*-Euphorie. Diese Euphorie wurde aber bald abgelöst durch neue Bedrohungsperzeptionen, unspezifisch, asymmetrisch und schwerer abzuschrecken als die sowjetische Bedrohung. Diese Bedrohungsperzeption wurde durch eine Reihe von Ereignissen in der japanischen Nachbarschaft geprägt:

- Im Juli und August 1995 wurden größere Raketenübungen der VR China auf hoher See nördlich von Taiwan durchgeführt.
- Im März 1996 wurden gemeinsame Manöver aller drei chinesischen Teilstreitkräfte während der taiwanesischen Präsidentschaftswahlen abgehalten.
- 1993 und 1998 wurden die Nodong- und Taepodong-Raketen durch Nordkorea getestet, wobei letztere japanisches Territorium überflog und Teile vor Tokio im Pazifik verlor.

- Im März 1999 und im Dezember 2001 drangen nicht-identifizierte Schiffe in das Japanische Meer ein.
- Nordkorea gestand im Jahre 2002 ein, über ein Nuklearprogramm zu verfügen.

Diese Ereignisse und andere haben nicht nur in Japan dafür gesorgt, das die alte Bedrohung durch die Sowjetunion durch eine neue abgelöst wurde.⁴⁾

4) Das jährliche Verteidigungsweißbuch *Defense of Japan* 2001 hat den schon in den vorangegangenen Jahren zu beobachteten Trend einer offeneren Ansprache einer spezifischen Bedrohung durch China fortgesetzt.

Auch in den USA setzte sich die Auffassung durch, dass amerikanische Streitkräfte auch in Zukunft für die Erhaltung von Frieden und Stabilität in der nord-asiatischen Region unverzichtbar sein würden. Der damalige stellvertretende amerikanische Verteidigungsminister Joseph Nye ergriff die Initiative und arbeitete bei der Erstellung seines *East Asian Strategy Report* (EASR), der im Februar 1995 vorgestellt wurde, eng mit der japanischen Regierung zusammen. Japan seinerseits konsultierte den Inhalt seines nationalen Verteidigungsprogramms (National Defense Program Outline/NDPO) eng mit den USA. Diese enge und vertrauensvolle Kooperation wurde in einer gemeinsamen Erklärung während des Gipfeltreffens zwischen Präsident Bill Clinton und Premierminister Hashimoto Ryutaro am 17. April 1996 niedergelegt. Diese Schritte führten zu einer Stärkung der Sicherheitspartnerschaft. Die Aufhebung des Sicherheitsvertrages war endgültig vom Tisch. Die Bedeutung des Vertrages wurde nicht mehr nur im Interesse der beiden Parteien verstanden, sondern in gleicher Weise für die Erhaltung von Sicherheit, Frieden und Stabilität in der asiatisch-pazifischen Region.

In Übereinstimmung mit der Hashimoto-Clinton-Erklärung erarbeiteten beide Seiten gemeinsam die neuen Richtlinien für die japanisch-amerikanische Verteidigungszusammenarbeit vom 23. September 1997. Diese Richtlinien wurden zur Grundlage der japanisch-amerikanischen Verteidigungskooperation sowohl im Krisenfall als auch im Frieden und ersetzten Richtlinien von 1978. Die neuen Richtlinien beinhalteten auch einen Passus über die bilaterale Kooperation in der „benachbarten Region“, gingen also über das japanische Territorium und die japanischen Hoheitsgewässer hinaus. Damit kam es zu einer Akzentverschiebung von Artikel 5 des Sicherheitsvertra-

ges, auf dem die bilaterale Verteidigung fußt, hin zu Artikel 6, der Erhaltung der regionalen Stabilität.

Damit bestanden zu Beginn des 21. Jahrhunderts völlig neue Rahmenbedingungen für Japans Sicherheitspolitik. „Kollektive Verteidigung“ blieb zwar auch weiterhin ein Unwort, die neuen Verteidigungsrichtlinien ermöglichen der Regierung aber eine ausge dehnte logistische Unterstützung der amerikanischen Streitkräfte in der näheren Region, wenn die Sicherheit des Landes in Gefahr ist. Damit war theoretisch bereits die Möglichkeit japanischer Militäreinsätze auch außerhalb des eigenen Territoriums gegeben.

■ Der 11. September und die Folgen

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 auf das World Trade Center in New York und das Pentagon bei Washington haben für immer den Blick der USA auf sich selbst und die Welt verändert. Der erste ernsthafte Angriff auf das amerikanische Festland, seit die Briten 1812 das Weiße Haus niederbrannten, hat die amerikanische Bevölkerung tief getroffen und zugleich geeint wie kein anderes Ereignis seit der japanischen Attacke auf die amerikanische Pazifikflotte in Pearl Harbor. Diese führte bekanntlich zum aktiven Eingreifen der USA in den zweiten Weltkrieg. Allerdings waren Japan und die USA zu diesem Zeitpunkt bereits seit einiger Zeit auf Konfrontationskurs.

■ Die amerikanischen und japanischen Verteidigungshaushalte im internationalen Vergleich

Land	Verteidigungsausgaben (in Mrd. \$ von 1999)	Anteil am BIP in Prozent	Anteil an den globalen Verteidigungsausgaben
USA	283,1	3,1	35,0
Russland	56,8	5,1	6,9
Japan	40,4	0,9	5,0
China	39,9	5,4	4,9
Frankreich	37,9	2,7	4,6
Großbritannien	36,9	2,6	4,5
Deutschland	31,1	1,6	3,8
„Schurkenstaaten“*	11,4	7,5	1,4

*Kuba, Nordkorea, Iran, Irak, Libyen

Quelle: International Institute for Strategic Studies, *The Military Balance 2000/2001*, Oxford University Press, S. 297–302.

Der Terrorismus ist quasi über Nacht zur neuen großen Gefahr geworden, die die amerikanische Sicherheitsdebatte dominiert und ohne Zweifel für die nächste Zeit beherrschen wird.

Die Ereignisse vom 11. September haben der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik eine neue, eindeutige Richtung und „Mission“⁵⁾ gegeben: Den Kampf gegen den internationalen Terrorismus.⁶⁾

Ein Erdbeben der Stärke des 11. September ist in der Lage, die tektonischen Platten der internationalen Politik zu verschieben. Seit dem Untergang der Sowjetunion und dem Ende des Kalten Krieges ist das internationale System in Bewegung. Die von Präsident Bush Senior Anfang der neunziger Jahre verkündete neue Weltordnung gibt es noch nicht. Der 11. September könnte allerdings zu einem Ende dieses Transformationsprozesses führen. Einiges spricht dafür, dass wir uns nicht nur in einer Zeit neuer großer Gefahren befinden, sondern auch in einer neuen historischen Epoche, die die Zukunft maßgeblich formen wird – vergleichbar etwa mit den Jahren 1945 bis 1947, als es unter amerikanischer Führung gelang, eine Reihe von ehemals totalitären Staaten dauerhaft im freien und demokratischen Westen zu verankern. Darunter die beiden Hauptgegner der USA während des Zweiten Weltkriegs – Deutschland und Japan.

In seiner „State of the Union“-Rede vom 29. Januar 2002 erklärte Präsident Bush: „Eine gemeinsame Gefahr lässt alte Rivalitäten verschwinden. Amerika arbeitet mit Russland, China und Indien zusammen wie nie zuvor.“ Nach dem 11. September gelang es den USA sehr schnell, eine breite und heterogene Koalition gegen den internationalen Terrorismus zu schmieden. Nie zuvor in der Weltgeschichte haben sich so viele Länder gegen eine gemeinsame Bedrohung zusammengefunden.

■ Japans Reaktion auf den 11. September

Welche Rolle ergibt sich für Japan angesichts dieses Paradigmenwechsels in der amerikanischen Außenpolitik, der in seiner Tragweite mit dem Beginn des Kalten Krieges verglichen wird.⁷⁾

Auch Japan hat sich ohne Zögern in diese internationale Koalition eingereiht. Premierminister Koi-

- 5) „We have found our mission“, so Präsident Bush, s. Steven Mufson, „Foreign Policy’s Pivotal Moment“, in: *Washington Post*, 27.9.2001 und Harvey Sicherman, „Finding a Foreign Policy“, in *ORBIS*, Spring 2002, S. 215–227 sowie G. John Ikenberry, „American Grand Strategy in the Age of Terror“, in: *Survival*, 43,4, Winter 2001–02, S. 19–34.
- 6) Die US-Administration definiert „internationalen Terrorismus“ als Terrorismus, der Bürger und Ressourcen von mehr als einem Staat umfasst. Terrorismus wird breit definiert als politisch motivierte Gewalt gegen zivile Ziele und „passive“ (*non-combatant*) militärische Einrichtungen durch Gruppen oder Geheimagenten.
- 7) Vgl. u.a. Heinrich Krefz, „Vom Kalten und Grauen Krieg – Paradigmenwechsel in der amerikanischen Außenpolitik“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 25, 2002; derselbe, „Vom Kalten Krieg zum ‚Grauen Krieg‘. Uneingeschränkte Solidarität mit den USA“, in: *Internationale Politik*, 12/2001, S. sowie derselbe, „Paradigmenwechsel in der amerikanischen Politik?“, in: *Die Politische Meinung*, Nr. 384, November 2001, S. 41–45.

zumi sagte Präsident Bush – wie u.a. auch Bundeskanzler Schröder – uneingeschränkte Hilfe (*unconditional support*) zu. Schon eine Woche nach den Anschlägen reiste der stellvertretende amerikanische Verteidigungsminister Wolfowitz nach Tokio und mahnte eine der Allianz angemessene Unterstützung an. Am 18. Oktober erließ das japanische Unterhaus im Rahmen der „Antiterrormaßnahmen“ ein SDF-Entsendegesetz, das es der Regierung erlaubt, amerikanische oder andere militärische Partner im Kampf gegen den internationalen Terrorismus logistisch zu unterstützen. Nach intensivem Dialog mit amerikanischen Militärplanern erarbeitete die japanische Regierung einen konkreten Einsatzplan. Daraufhin wurden bereits am 9. November 2001 insgesamt drei Zerstörer, zwei Versorgungsschiffe und ein Minensuchboot in Richtung Indischer Ozean entsandt. Dabei wurde der Begriff benachbarte Gebiete (*areas surrounding Japan*), dessen geographische Spezifizierung Ende der neunziger Jahre zu heftigen Diskussionen in Japan und den Nachbarländern, insbesondere China sowie Nord- und Südkorea, geführt hatte, erheblich ausgeweitet.

■ **Allianz globaler oder nur asiatischer Reichweite?**

US-Präsident Bush hatte im Wahlkampf angekündigt, dass Japan in seiner Asienpolitik einen höheren Stellenwert (im Vergleich zu China) erhalten werde als unter seinem Vorgänger Clinton.

Für die USA ist die Allianz mit Japan nicht nur von zentraler Bedeutung für die amerikanische Nordostasienpolitik, sondern entwickelt sich zum Kernstück der amerikanischen Asienpolitik. Sie ist eine Konstante sowohl der amerikanischen China-Politik als auch der US-Politik gegenüber Südostasien und nunmehr gewinnt sie auch Bedeutung für die amerikanische Südasienspolitik und den Schutz der Seewege bis in das Arabische Meer und den angrenzenden Persischen Golf.

Aus japanischer Sicht ist der Sicherheitsvertrag mit den USA nicht nur eine Rückversicherung gegenüber den neuen Bedrohungen in Nordostasien, sondern auch das Vehikel für eine eigene politische Rolle in Asien. Eine solche wird schon seit den achtziger Jahren angestrebt, als Japans Wirtschaft boomte und japani-

sche Direktinvestitionen erheblich zum sogenannten „ostasiatischen Wirtschaftwunder“ beitrugen. Viele Pazifikanrainerstaaten schauten stärker nach Japan als nach Europa oder den Vereinigten Staaten auf der Suche nach Modellen für die eigene Entwicklung. Dieses fand ein baldiges Ende, als Anfang der neunziger Jahre die japanische Wirtschaftsblase platzte und das Land in eine tiefe wirtschaftliche Rezession und – so hatte es zuweilen den Anschein – in eine politische Depression versank, aus der es bis heute nicht herausgekommen ist. Der Wunsch einer japanischen Führungsrolle in Asien hatte ihre einzige, nämlich die ökonomische Basis verloren. Japan hatte nicht nur mit seinen eigenen Wirtschaftsproblemen zu kämpfen, sondern wurde auch noch Mitte 1997 mit der sogenannten „Asienkrise“ konfrontiert.⁸⁾ Diese hatte Anfang Juli 1997 als Währungskrise in Thailand begonnen, sich dann zur Finanz- und Wirtschaftskrise ausgeweitet und dann nahezu ganz Ostasien erfasst mit gewaltigen wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen sowie gesellschaftlichen Auswirkungen in der gesamten ostasiatischen Region. Japan wurde im Laufe der Krise aufgrund seiner eigenen konjunkturellen und strukturellen Probleme selbst immer mehr Teil der wirtschaftlichen Turbulenzen. Japan wurde vom *powerhouse* zum kranken Mann Ostasiens, der zur Belastung der Volkswirtschaften der ganzen Region wurde. Japan verlor an wirtschaftlichem und politischem Einfluss nicht nur gegenüber den USA, sondern auch gegenüber China⁹⁾, das die Rolle eines Stabilitätsankers in der Region übernommen hat.

Anders als zu Beginn der neunziger Jahre scheint Japan heute willens, die Voraussetzungen für eine aktivere Außen- und Sicherheitspolitik zu schaffen.

In den Worten von Akio Watanabe, dem Präsidenten des Research Institute for Peace and Security: „It [...] signifies Japan’s aspiration for international recognition and the desire to contribute internationally where and when necessary. Japan deserves a place in the lineup of ‚respectable powers‘.“¹⁰⁾

Japan war Ende 2001 in der Lage, seine Verfassung so zu interpretieren und in Rekordzeit die gesetzlichen Grundlagen für seine Beteiligung an der Operation Enduring Freedom zu schaffen – ohne lähmende Debatten, die in der Vergangenheit immer mit Verfassungs- und Verteidigungsfragen verbunden waren.

8) Vgl. Heinrich Kreft, „Das ‚asiatische Wunder‘ in der Krise. Die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung im asiatisch-pazifischen Raum“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 48, 20.11.1998, S. 3–12.

9) Vgl. Heinrich Kreft, „China – die kommende Großmacht. Vom Objekt zum Akteur der internationalen Politik“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 51, 15.12.2000, S. 21–29.

10) Akio Watanabe, „Is Now a Golden Opportunity for Japan to Show the Flag?“, in: *Asia Perspectives*, Vol. 4, N3, 2, Spring 2002, S. 8. Siehe auch: Gilbert Rozman, „Japan’s Quest for Great Power Identity“, in: *ORBIS*, Winter 2002, S. 73–93, sowie, Yukio Okamoto, „Japan and the United States: The Essential Alliance“, in: *The Washington Quarterly*, Spring 2002, S. 59–72.

Die Ende 2001 eingeführten Änderungen würden theoretisch eine Entsendung japanischer Streitkräfte in alle Teile der Welt ermöglichen. Dieses ist zwar kaum zu erwarten, doch die Beteiligung an der Operation Enduring Freedom im Indischen Ozean und im Arabischen Meer hat ein Faktum geschaffen, dass zu einem festen Bestandteil der neuen Sicherheitslage in Asien werden dürfte. Dennoch ist kaum zu erwarten, dass Japan sich aktiv an einer möglichen Militäraktion gegen den Irak beteiligen wird.